



BLAUER BOTE

SONDERAUSGABE WAHL

IHRE ZEITUNG FÜR TREPTOW-KÖPENICK • 2021



Unsere Kandidaten

für das Berliner Abgeordnetenhaus
ab Seite 10



Hinter den Kulissen

Kristin Brinker
im Interview
Seite 3



Massive Probleme

Chaos bei Schulanmeldungen
Seite 19



Editorial

von Martin Trefzer



Liebe Treptow-Köpenicker,

wenige Tage nach der Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen traf ich in der Köpenicker Altstadt einen schweizerischen Touristen aus dem Kanton Aargau. Wie nicht anders zu erwarten, kam das Gespräch auch auf die Bilder aus den Flutgebieten. Der Aargauer erklärte mir unumwunden, wer behaupte, man könne nichts tun, um zu verhindern, dass Bäche zu reißenden Flüssen werden, der irre gewaltig. In Aargau sei er z. B. Anfang der 90-er Jahre in einer Initiative zur Ausweitung der Auengebiete aktiv gewesen, die schließlich über einen Volksentscheid dazu geführt habe, dass die Auenfläche beinahe verdreifacht worden sei, so dass die Flut dort jetzt ohne schlimme Folgen blieb. So müsse man es auch in Deutschland machen: „Aber ihr Deutschen wählt ja lieber Politiker, die Euch versprechen, die Welt zu retten, statt die Probleme vor Ort zu lösen.“ Da musste ich dem Eidgenossen leider Recht geben. Aber ich habe ihm auch erklärt: Viele Deutsche wollen, dass das am 26. September anders wird. Für all diejenigen, die nicht die Welt retten, sondern Probleme lösen wollen, gilt bis dahin der Wahlspruch: „Deutschland. Aber normal.“

IHR MARTIN TREFZER
BEZIRKSSPRECHER

Für Berlin. Aber normal.

Rot-Rot-Grün gefährdet die Zukunft unserer Stadt!



Foto: stock.adobe.com, frank peters

Nach knapp fünf Jahren Rot-Rot-Grün herrschen in der Berliner Landespolitik Chaos, Planlosigkeit und ideologiegetriebenes Wunschenken. Statt die Berliner zusammenzubringen und unsere Stadt fit zu machen für die Zukunft, hat sich Rot-Rot-Grün wie Mehltau über die Stadt gelegt. Zu keinem Zeitpunkt ist es der Linkskoalition gelungen, ein tragfähiges Zukunftskonzept für Berlin zu entwerfen.

Der Grund dafür liegt auf der Hand: Außer Bevormundung, Reglementierung und hypermoralischem Aktionismus hat Rot-Rot-Grün keine Rezepte für eine erfolgreiche Zukunft Berlins.

Stattdessen führt R2G auf vielen Politikfeldern einen Kulturkampf gegen die eigenen Bürger. In der Verkehrspolitik werden die Auto-

fahrer gnadenlos drangsaliert und mit Fahrverboten bedroht. Beim Wohnungsbau legt R2G den Rückwärtsgang ein: Enteignungen und staatliche Wohnraumbewirtschaftung sollen von der selbst verursachten Misere auf dem Wohnungsmarkt ablenken. Zu allem Überfluss wird nun an vielen ungeeigneten Stellen gegen

WEITER AUF NÄCHSTER SEITE



Martin Trefzer MdB, Bezirkssprecher

FORTSETZUNG VON SEITE 1

den Willen der Anwohner gnadenlos nachverdichtet.

Auch in den Politikfeldern Zuwanderung und Integration sowie Innere Sicherheit agiert der Senat in maßloser ideologischer Verblendung gegen die Interessen der eigenen Bürger. Senatorin Breitenbach will nicht einmal akzeptieren, dass es sich bei der Ermordung einer Afghanin durch ihre Brüder um einen Ehrenmord handelt. Und die Grünen planen trotz gescheiterter Integration mit ihrem neuen Multikultiministerium sogar noch die Ausweitung der Einladungspolitik nach Deutschland.

Enteignungen und staatliche Wohnraumbewirtschaftung sollen von der selbst verursachten Misere auf dem Wohnungsmarkt ablenken.

Als Krönung der ablaufenden Legislaturperiode wird den Berlinern ein völlig überzogenes Landes-Antidiskriminierungsgesetz (LADG) präsentiert, das die Arbeit der Polizei unnötig erschwert. Statt in der Rigaer Straße endlich für Recht und Ordnung sorgen zu können, müssen die Beamten jetzt auch noch den haltlosen Anschuldigungen von Linksradikalen und Clankriminellen nachgehen.

Überall, wo man hinschaut, ob bei Schulen, Feuerwehr, Bürgerämtern, maroden Brücken oder Öffentlichem Nahverkehr, murkst die rot-rot-grüne Chaostruppe zu Lasten der Berliner. Funktionierende Verwaltung und funktionierende Schulen: Fehlanzeige! Durchsetzung von Recht und Ordnung, konsequente Bekämpfung der Clan-Kriminalität: Fehlanzeige! Berlin hat sich unter Rot-Rot-Grün zu einem „Failed State“ entwickelt, der sich vom „funktionierenden Teil Deutschlands“ verabschiedet hat (Boris Palmer).

Damit muss jetzt endlich Schluss sein!

Berlin. Aber normal.



Die Berliner sehnen sich danach, endlich anständig regiert zu werden, ohne Berieselung mit rot-rot-grünem Polit-Agitprop. Sie wollen eine handlungsfähige Polizei, ein funktionierendes Verkehrssystem, Bürgerämter ohne endlose Wartezeiten und ausreichend Wohnungen für ihre Familien.

Eben Berlin. Aber normal.

Dafür steht die AfD: für eine Politik im Interesse aller Berliner, und nicht nur für die rot-rot-grüne Klientel innerhalb des S-Bahn-Rings.

Nur mit einer starken AfD hat Berlin die Chance, wieder zukunftsfähig zu werden.

Für die CDU ist hingegen Hopfen und Malz verloren, da die Merkel-Laschet-CDU den links-grünen Traumtänzern längst auf den Leim gegangen ist. Jede Stimme für die CDU ist eine verschenkte Stimme für einen Politikwechsel.

Setzen Sie am 26. September ein Zeichen der Vernunft und unterstützen Sie eine bürgerorientierte Politik des gesunden Menschenverstandes, die die alltäglichen Sorgen der Berliner ernst nimmt, statt sie zu pathologisieren. Ändern Sie die Politik, nicht ihre Meinung!

Wählen Sie am 26. September AfD!

~ MARTIN TREFZER

Kennen Sie schon die Kurzfassung unseres Wahlprogramms? Scannen Sie einfach den QR-Code und werfen Sie online einen Blick hinein!



Summary of the AfD Berlin program, including sections on Family & Youth, School, Education & Research, and Security & Order.

Summary of the AfD Berlin program, including sections on Migration & Integration, Housing & Urban Development, Democracy, Transport, and Finance.



Hinter die Kulissen schauen

Interview mit Dr. Kristin Brinker, Landesvorsitzende der AfD Berlin



**Dr. Kristin Brinker,
Landesvorsitzende der AfD Berlin,
Spitzenkandidatin für das
Abgeordnetenhaus von Berlin**

Dr. Kristin Brinker wurde 1972 in Bernburg (Sachsen-Anhalt) geboren und machte nach dem Abitur eine Ausbildung zur Bankkauffrau. Sie schloss ihr Architekturstudium an der TU Berlin mit dem Diplom ab und promovierte anschließend im Bereich Architektur und Wohnen. Frau Dr. Brinker trat der Alternative für Deutschland (AfD) im Gründungsjahr 2013 bei. Seit 2016 ist sie Mitglied der AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin und verantwortet dort das haushalts- und finanzpolitische Ressort. Im März 2021 wurde Dr. Kristin Brinker zur Landesvorsitzenden der Berliner AfD gewählt. Wenige Wochen später wurde sie zur Spitzenkandidatin der Partei für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin gekürt.

Liebe Frau Dr. Brinker, Sie sind im Frühjahr zur Landesvorsitzenden der Berliner AfD gewählt worden, und nun sind Sie Spitzenkandidatin für die AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin. Herzlichen Glückwunsch! Wie waren die ersten Wochen als Landesvorsitzende?

Vielen Dank für die Glückwünsche. Die ersten Wochen als Landesvorsitzende waren in der Tat sehr ereignisreich und arbeitsintensiv. Wir haben als Erstes unseren Landesvorstand in Teams aufgeteilt, um die Aufgabenbereiche besser und effektiver bearbeiten zu können. Und ich habe die Suche nach Räumen für unsere dringend notwendigen Aufstellungsveranstaltungen zur Chefsache erklärt. Glücklicherweise ist es mir gelungen, ein landeseigenes Grundstück in Berlin-Biesdorf temporär anzumieten, um ein großes Veranstaltungszelt für insgesamt 300 Personen aufbauen zu können. Wenige Tage vor dem geplanten Start unserer Parteitage wurde es nochmal spannend: Das Bauaufsichtsamt des Bezirkes Marzahn-Hellersdorf hatte uns darüber informiert, dass wir eine Baugenehmigung für unser Tagungszelt bräuchten. Sie können sich sicher vorstellen, wie groß der Schock bei mir war. Eine Baugenehmigung innerhalb von einer Woche zu bekommen, ist grundsätzlich und gerade in Berlin ein Ding der Unmöglichkeit. Trotzdem habe ich dafür gesorgt, dass wir quasi über Nacht sämtliche notwendigen Unterlagen für einen Bauantrag zusammengestellt und drei Tage vor Versammlungsbeginn beim Bauamt eingereicht haben. Wahrscheinlich hat das Bezirksamt noch nie so schnell alle relevanten Unterlagen auf den Amtstisch bekommen. Und es ist kaum zu glauben: Wir haben keine 24 Stunden später die Baugenehmigung erhalten. Unsere Parteitage haben wie geplant stattfinden können, unsere Kandidatenlisten sind gewählt und eingereicht, und jetzt konzentrieren wir uns auf den Wahlkampf.

Sie wurden 1972 in Bernburg (Sachsen-Anhalt) geboren. Welche Erinnerungen haben Sie an Ihren Geburtsort und die damalige Zeit?

Meine Geburtsstadt Bernburg besuche ich aus familiären Gründen bis heute regelmäßig und bin über die Veränderungen seit 1990 immer wieder erstaunt. In der Tat habe ich sehr schöne Kindheitserinnerungen aufgrund meiner Familie und meines Freundeskreises. Ich erinnere mich noch gut an die täglichen Treffen mit anderen Kindern zum Spielen, an Familienfeiern, an langersehnte Besuche der Verwandten aus Westdeutschland. Und ich erinnere mich ebenso gut an meine Schulzeit. Mir wurde einerseits ein sehr gutes Allgemeinwissen vermittelt, andererseits wurden die Schüler politisch indoktriniert. Die Diskrepanz zwischen dem, was in der Schule über den Kapitalismus in der Bundesrepublik vermittelt wurde, und der Wahrnehmung der Lebensumstände meiner Verwandtschaft im Westen hat dazu geführt, dass ich bis heute versuche, hinter die „Kulissen“ zu schauen und mir gern ein eigenes Bild mache.

Ich erinnere mich noch gut an das flauere Gefühl im Magen bei einer Demonstration vor der örtlichen „Stasi“-Zentrale.

Wo und wie haben Sie die Wende 1989/90 erlebt?

Die Wende habe ich in meiner Heimatstadt Bernburg erlebt. Vorangegangen waren auch dort „Montagsdemonstrationen“, die in der Hauptsache von der evangelischen Kirche initiiert wurden. Ich war zu der Zeit selbst

Mitglied der „Jungen Gemeinde“ und deshalb von Anfang an dabei. Ich erinnere mich noch gut an das flauere Gefühl im Magen bei einer Demonstration vor der örtlichen „Stasi“-Zentrale. Als junger Mensch weiß man, dass man möglicherweise seine Zukunft riskiert. Andererseits haben die immer größer werdenden Proteste ein unglaubliches Gemeinschaftsgefühl ausgelöst. Die tatsächliche Maueröffnung und die legendäre Pressekonferenz mit Günter Schabowski habe ich leider verschlafen und erst am nächsten Morgen die gute Nachricht bekommen. Mein erster Besuch im Westen war dann quasi über die grüne Grenze nach Bad Harzburg und zu Weihnachten '89 nach Nordrhein-Westfalen zu meiner Verwandtschaft.

Der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Herr Wanderwitz von der CDU, erregte kürzlich Aufsehen mit seinen Pauschalurteilungen von ostdeutschen Bürgern. Er behauptete, dass viele Ostdeutsche „auch nach dreißig Jahren nicht in der Demokratie angekommen“ seien. Er unterstellte zudem, dass ein Teil der Bevölkerung in Ostdeutschland „gefestigte nicht demokratische Ansichten“ vertrete. Was halten Sie von diesen fragwürdigen Äußerungen?

Diese Äußerungen zeigen mir, dass Herr Wanderwitz die Seele der Ostdeutschen nicht kennt oder diese sogar verkennt. Viele Ostdeutsche haben in der DDR gelernt und erleben müssen, dass sie sich nicht ohne entsprechende Konsequenzen staatskritisch äußern dürfen. Um so erleichterter waren diese Menschen, als die Mauer fiel. Es öffnete sich für viele nicht nur das Tor in die Bundesrepublik, sondern auch das Tor in die Freiheit und vor allem in

WEITER AUF NÄCHSTER SEITE

WEITER MIT INTERVIEW

die Meinungsfreiheit. Wenn sich heute ausgerechnet der „Ostbeauftragte“ der Bundesregierung derart despektierlich über Ostdeutsche äußert, verschärft dieser die bestehende Politikverdrossenheit und die längst überwunden geglaubte ideelle Mauer zwischen Ost und West.

Ist es nicht ein Armutszeugnis, dass die Bundesregierung 30 Jahre nach der Wiedervereinigung überhaupt einen „Ostbeauftragten“ eingesetzt hat?

Im Wesentlichen gab es einen „Ostbeauftragten“ ja schon seit vielen Jahren. Nur wurden diese immer wieder anders bezeichnet und von jedem Politiker inhaltlich anders mit Leben gefüllt. Grundsätzlich ging es um den Stand des „Aufbau Ost“, also der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West. Herr Wanderwitz als amtierender „Ostbeauftragter“ wird dieser Rolle nicht gerecht, sondern füllt das Amt mit ideologischen Phrasen zulasten eines vereinten Deutschlands. Ein derartiger Missbrauch dieses Amtes schadet und sollte in der Tat besser abgeschafft werden.

Letztlich sind DieLinke Rechtsnachfolger der SED, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

DieLinke verliert aktuell im gesamten Bundesgebiet an Zustimmung. Auch in den ostdeutschen Bundesländern verzeichnet DieLinke deutliche Stimmenverluste. Woran liegt das?

Ich persönlich glaube, dass viele Menschen kein Vertrauen in die Politik der Linken haben. Letztlich sind DieLinke Rechtsnachfolger der SED, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Wer mit offenen Augen 1989 durch die DDR gefahren ist, hat gesehen, in welchem desolaten Zustand das Land, die Gebäude, die Industrie und die Umwelt waren. Und dafür verantwortlich waren die SED und deren fatale sozialistische Planwirtschaft. Daran können sich glücklicherweise noch viele Menschen erinnern, und sie wissen, dass sie eine derart desolote Situation nicht noch einmal erleben möchten.

Das Bundesverfassungsgericht hat den Berliner Mietendeckel für verfassungsg-

widrig erklärt. Nun macht DieLinke Stimmung für Enteignungen auf dem Wohnungsmarkt. Möchten die Genossen mit dem Kopf durch die Wand? Will die SED-Nachfolgepartei etwa die Zeit zurückdrehen?

Den Eindruck kann man in der Tat bekommen. DieLinke gefällt sich offenbar in der Rolle des Gutmenschen, der allen alles geben möchte. Allerdings darf nicht vergessen werden, dass man nur etwas verteilen kann, wenn man vorher auch etwas verdient hat. In der DDR wurde das Privateigentum weitgehend abgeschafft zugunsten des Volkseigentums. Auf dem gleichen Weg befindet sich aktuell DieLinke mit der Unterstützung der Enteignungsinitiative. Das Ergebnis ist hinlänglich bekannt. Zwei Fakten unterschätzt DieLinke völlig: Auch eine Enteignung kostet Geld. Kalkuliert wird aktuell mit ca. 30 Mrd. EUR, die letztlich nicht vorhanden sind. Das Land Berlin hat bereits den höchsten Schuldenstand aller Zeiten und kann eine derartige Entschädigung finanziell jetzt und zukünftig nicht seriös stemmen. Hinzu kommt, dass das Land Berlin sich bisher nicht als besonders guter Immobilienverwalter hervorgetan hat und auch nicht in der Lage ist, für ausreichend neue Wohnungen zu sorgen. Die privaten Eigentümer werden dringend sowohl als Bestandhalter als auch als Investor für Neubauten gebraucht. Enteignungsdebatten wirken dagegen investorenfeindlich und verschärfen die Wohnungsknappheit, statt sie zu lösen.

Welche Rezepte hat die AfD zur Entlastung der Situation auf dem Berliner Wohnungsmarkt?

Wir haben uns seit 2016 parlamentarisch oft zu möglichen Lösungen geäußert. Dazu gehören vor allem eine Intensivierung des Neubaus mithilfe der Beschleunigung von Baugenehmigungen und des Bauantragsverfahrens, die Senkung der Grunderwerbsteuer und Freibeträge für selbstgenutztes Wohneigentum. Weitere Maßnahmen sind die Wiedereinführung der Fehlbelegungsabgabe im sozialen Wohnungsbau, die Senkung der Wohnnebenkosten durch z.B. Abschaffung der Grundsteuer und mehr Subjektförderung statt Objektförderung. Das bedeutet, dass wir bedürftige Mieter direkt fördern wollen, statt Fördergelder in Immobilien zu stecken.

Sie haben eine Ausbildung als Bankkauffrau und haben im Bereich Architektur und Wohnen promoviert. Im Abgeordnetenhaus von Berlin sind Sie als leidenschaftliche Expertin für Haushalts- und Finanzpolitik

bekannt. Ist das Geld der Steuerzahler bei Rot-Rot-Grün in guten Händen? Wenn nein, warum nicht?

Wir erleben gerade bei Rot-Rot-Grün, wie das Geld der Steuerzahler mit viel zu leichten Händen teilweise regelrecht verschleudert wird. Das beginnt beim bekanntesten Berliner Milliardengrab, dem Flughafen BER, und hört auf bei vielen kleineren Beträgen, die in ideologische Projekte ohne echten gesellschaftlichen Mehrwert gesteckt werden und deren tatsächliche Verwendung nicht ausreichend geprüft wird. Dabei sollte allen klar sein, dass das Geld der Steuerzahler eben nicht aus der Steckdose kommt, sondern hart erarbeitet werden muss. Deutschland ist schon jetzt das Land mit der höchsten Steuer- und Abgabenlast weltweit. Im Gegenzug sollte man eine hervorragende Infrastruktur in Deutschland und in Berlin erwarten können. Das Gegenteil ist leider der Fall! Mit dieser Situation dürfen wir uns nicht zufriedengeben, und das ist auch Ansporn für meine politische Arbeit.

Wir erleben gerade bei Rot-Rot-Grün, wie das Geld der Steuerzahler mit viel zu leichten Händen teilweise regelrecht verschleudert wird.

Der Berliner Senat hat kürzlich versucht, mit einer großen Werbeaktion seine „Schulbauoffensive“ schönzufärben. Eine Schriftliche Anfrage der AfD-Fraktion ergab, dass knapp 300.000 Euro für die Kampagne ausgegeben worden sind. Tatsächlich zählt das Bildungsressort von Senatorin Scheeres (SPD) zu den großen Sorgenkindern in der Landespolitik. Viele Lehrer, Eltern und Schüler wissen, dass Schulbau und Schulsanierung in Berlin mehr schlecht als recht funktionieren. Wie sehen Sie das?

Die Erkenntnis zur Notwendigkeit einer Berliner Schulbauoffensive war und ist durchaus positiv zu sehen. Wie immer hapert es massiv an der Umsetzung, die bereits zu erheblicher Kritik durch den Landesrechnungshof geführt hat. Die ursprüngliche Senatsvorlage zur Schulbauoffensive ging von ca. 5,5 Mrd. EUR Kosten aus. Inzwischen wissen wir, dass die Kosten bei mindestens 11 Mrd. EUR liegen werden. Die Gründe sind vielfältig und hausgemacht. Zum einen wurde ursprünglich nur mit

Hauptbaukosten geplant, also ohne Berücksichtigung z. B. der Außenanlagen, der Baunebenkosten etc. Zum anderen plant man mit einer höheren Schülerzahl als bisher angenommen. Außerdem explodieren die Kosten speziell für Holz und für Holzbauschulen derzeit. Die Übertragung der großen Sanierungsaufgaben auf eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft (HOWOGE) erschwert weiterhin die parlamentarische Kontrolle. Alles in allem ein Modell, was in dieser Form zu erheblichen Kostensteigerungen führt und leider keine schnellen Sanierungen ermöglicht.

Steuersenkungen gehören zu den besten und sinnvollsten Konjunkturmaßnahmen.

Welche haushaltspolitischen Pflöcke werden Sie als Erstes nach einem Wahlerfolg und bei anschließender Regierungsübernahme einschlagen?

Wir werden – wie schon in der vorherigen Legislatur – großen Wert auf die Einhaltung der Schuldenbremse und deren Verankerung in der Verfassung legen. Hinzu kommt, dass immer mehr landeseigene Gesellschaften und landeseigene Fonds Kredite in Milliardenhöhe aufnehmen, die zu erheblichen haushalterischen Risiken in der Zukunft führen können. Denn letztlich haftet auch für diese Kredite immer das Land Berlin und damit der Berliner Steuerzahler. Wir werden uns für ein effizienteres Controlling einsetzen und sprechen uns gegen die Ausweitung der Schuldenlasten durch immer mehr Schattenhaushalte aus. Und wir arbeiten weiter an unseren bisherigen Projekten und Ideen. Zum einen ist das die Ermittlung des gesamten Erweiterungs- und Investitionsbedarfes des Landes Berlin. Nur wenn bekannt ist, wie hoch der Investitionsstau tatsächlich ist, können eine Prioritätenliste zur Abarbeitung erstellt und Maßnahmen folgerichtig umgesetzt werden. Zum anderen gehören Steuersenkungen zu den besten und sinnvollsten Konjunkturmaßnahmen. Auf Landesebene sind das die Senkung der Grunderwerbsteuer sowie die Abschaffung der Grundsteuer und der City-Tax.

Die SPD hat nicht nur im Schulbereich versagt. Die Berliner Polizeibeamten müssen die ausufernden Probleme von Innensenator

Geisel (SPD) in den Bereichen Clan-Kriminalität und Linksterrorismus ausbaden. Gibt es hier irgendeine Aussicht auf Verbesserung; zumal sich der Koalitionspartner DieLinke auf dem Deckblatt des Wahlprogramms offen als „radikal“ bezeichnet?

Nach den Erfahrungen der letzten Legislatur glaube ich kaum, dass es bei einer weiteren Runde Rot-Rot-Grün zu nennenswerten Verbesserungen in diesen Bereichen kommt. Wir haben alle erlebt, mit welchen Samthandschuhen die linksextremistische Hausbesetzerzene „angefasst“ wird und mit welcher Gewaltbereitschaft Polizisten konfrontiert werden. Doch nicht nur der Innensenator wäre hier in der Pflicht. Auch das Justizressort unter Senator Behrendt (Grüne) sollte endlich gerade Mehrfachtäter entsprechend abstrafen. Es ist wirklich frustrierend, wenn festgenommene Straftäter unmittelbar wieder auf freien Fuß gesetzt werden, da die Justiz mit der Fallbearbeitung nicht hinterherkommt.

Wir haben ein klares Programm, wie die Sicherheit in Berlin gewährleistet werden kann.

Inwiefern ist die AfD die einzige Partei, die die Sicherheit in Berlin wiederherstellen kann?

Wir haben ein klares Programm, wie die Sicherheit in Berlin gewährleistet werden kann. Dazu gehört zum einen eine vernünftige Ausstattung der Berliner Sicherheitskräfte sowie die prioritäre Beseitigung des Sanierungsrückbaus in den Polizeigebäuden. Wir wollen eine gesetzliche Regelung zur Ausstattung der Polizisten mit Tasern und unbefristet mit BodyCams und sprechen uns für das „Neuköllner Modell“ aus – den Einsatz von Bereitschaftsrichtern speziell im Bereich Organisierte Kriminalität. Organisierte Kriminalität kann nur erfolgreich eingedämmt werden, wenn der Datenaustausch zwischen den Behörden ermöglicht wird. Hinzu kommt unsere Forderung nach einer Videoüberwachung an kriminalitätsbelasteten Orten sowie eine Dunkelfeldstudie für nicht angezeigte Straftaten.

Sicherheit ist auch ein wichtiger Standortfaktor für Unternehmen in Berlin. Die AfD

möchte Industrie und Wirtschaft in der Hauptstadt ankurbeln. Die Partei steht für eine spürbare Entlastung des Mittelstandes. Was haben Sie für Unternehmer und Selbstständige konkret im Angebot?

Viele Ansiedlungen von Unternehmen scheitern bereits an den Hürden der Berliner Bürokratie. Deshalb wollen wir eine Anlaufstelle für Unternehmen schaffen, in der alle Formalitäten gebündelt bearbeitet werden können. Die Berliner Verwaltung ist als Dienstleister zu verstehen für diejenigen, die in Berlin einen Mehrwert erwirtschaften wollen und mit ihren Steuerzahlungen einen erheblichen Beitrag zur finanziellen Stabilisierung des Berliner Haushaltes leisten. Wir setzen uns für bezahlbare Energiepreise ein, die ein wichtiger Wirtschaftsfaktor weltweit sind. Wichtig sind ein vernünftiger Energiemix, mehr Wettbewerb und weniger Regulierung. Das Land Berlin darf nicht als Konkurrent beim Erwerb von Immobilien agieren, die ursprünglich für Industrie- und Gewerbeansiedlungen vorgesehen waren.

Welche Branchen haben in den kommenden Jahren in der Hauptstadt Potenzial?

Berlin ist nach wie vor ein Dienstleistungsstandort. In den vergangenen Jahren gab es verschiedene Wirtschaftsbereiche, die sich positiv entwickelt haben. Dazu gehört neben dem Tourismus vor allem das Messe- und Kongressgeschäft. Beide Wirtschaftsbereiche mussten erhebliche Einbußen durch coronabedingte Schließungen und Maßnahmen hinnehmen. Digitalwirtschaft und Medizintechnik haben in Berlin aus unserer Sicht großes Entwicklungspotenzial.

Die grüne Verkehrspolitik hat Berlin in ein Mobilitätschaos gestürzt. Viele Pendlern, Lieferanten und Taxifahrern haben kein Verständnis mehr für all die Hindernisse, die ihnen in den Weg gestellt werden. Kann die AfD Hoffnung auf eine Verbesserung des Verkehrsflusses machen?

Selbstverständlich! Wenn man es tatsächlich möchte, kann der Verkehr fließen; und zwar für alle Verkehrsteilnehmer und ohne einzelne Gruppen gegeneinander auszuspielen. Dazu muss man in der Lage sein, den Hauptstadtverkehr in seiner Gänze zu betrachten und Lösungen zu entwickeln. Neben dem Ausbau bzw. der Verlängerung einzelner U-Bahn-Linien braucht es ausreichend

WEITER AUF NÄCHSTER SEITE

WEITER MIT INTERVIEW

Platz sowohl für den Auto- als auch den Radverkehr. Radwege sind deutlich besser und sicherer zu gestalten. Das ist dann möglich, wenn man diese nicht in Konkurrenz zum Autoverkehr plant, sondern in Nebenstraßen parallel zu den Hauptverkehrsstraßen fließen lässt. Für Lieferverkehr muss ausreichend Park- und Lademöglichkeit vorhanden sein; ebenso für Autos. Verkehrspolitik ist für uns die Möglichkeit zur freien Entscheidung für individuelle Mobilität entgegen der bisherigen Verbotspolitik von Rot-Rot-Grün.

Wir setzen uns für ein Unterrichtsgarantiesgesetz ein, das Berliner Kindern und Schülern eine gute Grundlage für die Zukunft gewährleistet.

Die AfD ist eine familienfreundliche Partei. Uns liegt die Geburt von Kindern in diesem Land am Herzen. Familien mit Kindern müssen deutlich entlastet werden. Zwar ist Familienpolitik in erster Linie Bundesangelegenheit. Aber inwiefern kann die AfD auch auf Landesebene Familien mit Kindern das Leben leichter machen?

Auf Landesebene können wir uns ebenso gut für eine familienfreundliche Politik einsetzen. Neben möglichen Bundesratsinitiativen zur Unterstützung bundesweiter Gesetzgebungen wollen wir eine Priorisierung familienpolitischer Maßnahmen. Das fängt schon im Kleinen an. Wie oft sind Kinderspielflächen verunreinigt oder werden als Drogenumschlagplatz oder öffentliche Fixerstube missbraucht? Wie oft fällt der Unterricht in Berliner Schulen aus, und warum gehört Berlin traditionell zu den Schlusslichtern im bundesweiten Leistungsvergleich der Schüler – obwohl Berlin die höchste Summe pro Schüler ausgibt? Deshalb setzen wir uns für ein Unterrichtsgarantiesgesetz ein, das endlich Abhilfe schafft und Berliner Kindern und Schülern eine gute Grundlage für die Zukunft gewährleistet. Wir wollen Familien mit Kindern in sämtlichen Politikbereichen in den Mittelpunkt stellen. Bei jedem Gesetz müssen die Bedürfnisse von Familien berücksichtigt und priorisiert werden.

Frau Dr. Brinker, wir danken Ihnen für das Gespräch!



Foto: stock.adobe.com, Bastian Ott

Abenteuerspielplatz für Linksextremisten

Unter Rot-Rot-Grün haben die Chaoten in der Hauptstadt Narrenfreiheit

Stellen Sie sich vor: Jedes Jahr zum 1. Mai würden sich zwischen 10.000 bis 20.000 Rechtsextremisten in Berlin-Kreuzberg um 18:00 Uhr zu einer revolutionären Demonstration versammeln. Ein Großaufgebot der Polizei müsste unter Maßgabe der „Deeskalation“ den Kopf hinhalten, und am Ende des Tages wären 50 bis 80 Polizisten aufgrund von Steinwürfen und anderen körperlichen Angriffen verletzt. Die Umgebung der Demonstration wäre nach Brandstiftungen und Barrikadenbau vollkommen verwüstet. Ist das vorstellbar? Nein. Wäre das wünschenswert? Mit Sicherheit nicht.

Für linksextremistische Chaoten, die sich jedes Jahr aufs Neue ritualisiert auf den Weg machen, um für Lenin, Mao und die Weltrevolution auf den Straßen der deutschen Hauptstadt zu kämpfen, indem sie mit Flaschen und Steinen um sich werfen, hat der Berliner Senat jedoch ein großes Herz. Was für Bürger aus anderen Ländern dieser Welt wie ein schlechter Film wirken muss, ist in Berlin großzügig zum Normalzustand erklärt worden. Linksextremistische Ausschreitungen am 1. Mai gehören genauso sehr zu Berlin wie das Oktoberfest zu München oder der Karneval zu Großstädten im Rheinland.

Nicht nur das! In Berlin lässt sich der Senat von Hausbesetzern seit Jahren auf der Nase

herumtanzen. Die Liebigstraße 34 und die Rigaer Straße 94 haben unter Rot-Rot-Grün in Berlin traurige Berühmtheit erlangt, weil der Staat hier kaum in der Lage gewesen ist, sich gegen pubertierende Verrückte und anarchistische Gewalttäter durchzusetzen. Tausende Polizisten mussten eingesetzt werden, um die „Villa Kunterbunt“ zu räumen und geltendes Recht vor Ort durchzusetzen.

Und seit Jahren scheint es Teil der linksgrünen Staatsräson zu sein, das nächtliche Anzünden von Fahrzeugen durch Linksextremisten billigend in Kauf zu nehmen.

Für dieses Versagen im Bereich der Inneren Sicherheit haben viele Berliner kein Verständnis mehr. Aber eine Lösung ist nicht in Sicht, zumal die konsequente Durchsetzung des Rechtsstaats unter Rot-Rot-Grün kaum zu erwarten ist. Die AfD hat deshalb konkrete Vorschläge gemacht, wie Sicherheit und Ordnung wiederhergestellt werden können. Im Kern geht es uns dabei darum, unserer Polizei den Rücken zu stärken, damit diese endlich ihren Aufgaben nachkommen kann, statt sie mit ungerechtfertigten Diskriminierungsvorwürfen zu überziehen. Denn wir wollen, dass Sicherheit auch für die Schwachen, für Frauen, Kinder und alte Menschen kein leeres Versprechen bleibt. Dies geht nur mit einer starken, gut ausgebildeten und hochmotivierten Polizei! Dafür machen wir uns stark. ~ JOHANNES RACKOW

Rot-Rot-Grünes Autobashing: Der Privat-PKW soll als Verkehrsmittel aus Berlin verbannt werden

Auf rund 80 Prozent aller Straßen in Berlin herrscht bereits heute Tempo 30, nämlich auf fast allen Nebenstraßen und auf etwa 10 Prozent der Hauptstraßen. Das soll auf Betreiben der Verkehrssenatorin zukünftig ausgeweitet werden. Ziel des jetzigen rot-rot-grünen Senats ist es, Berlin flächendeckend in eine Tempo-30-Zone zu verwandeln. Das ist bisher nicht möglich gewesen, weil die Straßenverkehrsordnung (Bundesverordnung) Tempo 50 als Regelgeschwindigkeit vorsieht. Bereits seit einigen Jahren unternimmt Rot-Rot-Grün aber Vorstöße, um im Schulterchluss mit anderen Bundesländern eine Änderung der Regelgeschwindigkeit von 50 auf 30km/h in der StVO zu erzwingen. Zuletzt ist der Senat im Januar 2020 vor dem Bundesrat mit dieser Forderung gescheitert. Aber die Senatorin wird nicht so schnell aufgeben und arbeitet weiter stur an ihrem Ideologieprojekt „Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit“.

Als vermeintliches Motiv wird fortwährend der Klimawandel vorgeschoben. Angeblich würden zu viele Autos zu viel Feinstaub und Stickoxidausstoß verursachen. Dabei ist Berlin mit aktuell nur ca. 340 PKW pro 1000 Einwohner praktisch das Schlusslicht unter den deutschen Großstädten; und die Zahl der PKW ist sogar rückläufig. Laut Statistischem Bundesamt waren es im Jahr 2019 nämlich noch rund 390 PKW pro 1000 Einwohner. Die Zahl der Autos kann also nicht als plausible Begründung für den Senat herhalten.

Berlin ist unter Rot-Rot-Grün zu einem sozialistischen Freiluftlabor, allen voran im Bereich der Verkehrspolitik, geworden.

Es ist auch aus technischen Gründen unsinnig, auf Hauptstraßen Tempo 30 vorzuschreiben. Der Berliner Verkehr ist schon jetzt sehr zäh und langsam. Tempo 30 auf Hauptstraßen würde zudem bedeuten, dass sämtliche Fahrzeuge dauerhaft nur noch hochtourig im 2. Gang fahren müssten, dadurch mehr Treibstoff verbrauchen und somit auch mehr Schadstoffe ausstoßen würden. Offenbar ignoriert der von Grünen geführte Verkehrssenat auch diesen Umstand!

Was aber ist der eigentliche Hintergrund? Wenn man der Senatorin genau zuhört, dann vernimmt man immer wieder das Wort „Kollektivverkehr“. Der Kollektivverkehr soll den sogenannten mobilisierten Individualverkehr ablösen. Was heißt das aber nun konkret? Ganz einfach: Es stört die Senatorin, dass Menschen frei und individuell mit ihrem eigenen Fahrzeug unterwegs sind. Solche Menschen sind nicht kontrollierbar. Sie fahren, wann sie wollen und wohin sie möchten. Das ist aber etwas, was in eine links-grüne Welt(-anschauung) ganz und gar nicht hineinpasst!

Linken und Grünen sind Freiheit und Individualität ein Dorn im Auge; zumindest dann, wenn es nicht um sie selbst geht! Kommunen, Kollektive, Kollektiveigentum und eben auch der sogenannte Kollektivverkehr: Das sind Begriffe, bei denen Linke und Grüne glänzende Augen bekommen. 30 Jahre nach dem Ende der DDR erleben wir unter einer rot-rot-grünen Regierung die moderne Fortsetzung einer zum Scheitern verurteilten Ideologie.

Die S-Bahn wurde von Rot-Rot-Grün bereits zu einer Art VEB S-Bahn umgewandelt. Offiziell wird die „Landesanstalt für Schienenfahrzeuge Berlin (LSFB)“ ab 2027 Eigentümer der Züge sein und diese dann an externe Betreiber vermieten. Wir sehen also klar, in welche Richtung die Weichen in Berlin gestellt worden sind: Der Staat schaltet und waltet als omnipräsenter Versorger, die Marktwirtschaft wird derweil immer weiter eingeschränkt und reglementiert. Im Gleichschritt werden Eigenverantwortung und die freie Individualität der Bürger immer weiter zurückgedrängt.

Der neu geschaffene §70 des Berliner Mobilitätsgesetzes mit der Überschrift „Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs“, der mit der Mehrheit von Rot-Rot-Grün und der freundlichen Mithilfe der CDU noch ganz dringend vor der Wahl im September verabschiedet werden soll, beschreibt ganz klar, mit welchen Maßnahmen künftig das Privatfahrzeug aus Berlin verbannt werden soll. Von „Preismechanismen“ ist da die Rede, von „Maßnahmen zur Reduzierung des Verkehrsraumes“ und auch von „Zuflussdosierungen“. Hinter diesem technischen Vokabular verbergen sich die Erhebung einer City-Maut und die Erhöhung von Parkgebühren, der Rückbau von Straßen und Parkplätzen sowie die Begrenzung der Fahrzeuge, die auf den Straßen unterwegs sein dürfen.

Eventuell erinnert sich der eine oder andere Leser an dieser Stelle an ein Interview, das

Angela Merkel anlässlich eines Staatsbesuches in Argentinien gab und in dessen Verlauf sie folgenden Satz sagte: „Wir werden in 20 Jahren nur noch mit Sondererlaubnis selbstständig Auto fahren dürfen.“

Das war ihre Prognose für ganz Deutschland. Das Land Berlin leistet gerade im Eiltempo die Vorarbeit zur Realisierung dieser Prophezeiung. Berlin ist unter Rot-Rot-Grün zu einem sozialistischen Freiluftlabor, allen voran im Bereich der Verkehrspolitik, geworden.

Die AfD kritisiert diese Entwicklung seit Ihrem Einzug ins Berliner Abgeordnetenhaus scharf. Klagen gegen die sogenannten Pop-up-Radwege wurden eingereicht, nicht etwa, weil die AfD etwas gegen Radfahrer hat, sondern weil hier überbreite Radwege auf Kosten des Autoverkehrs ohne Rechtsgrundlage entstehen. Und die befinden sich oft an Straßen, an denen es ohnehin schon Radwege gibt, oder auch auf Strecken, auf denen so gut wie keine Radfahrer unterwegs sind.

Die AfD hat bereits im Jahr 2018 ein umfangreiches und zukunftsweisendes Verkehrskonzept für Berlin verabschiedet, das Lösungen beinhaltet, die dauerhaft allen Verkehrsteilnehmern zugutekommen und keine Verkehrstypen diskriminieren. Alle Verkehrsteilnehmer werden dort gleichberechtigt berücksichtigt. Das Konzept kann im Internet heruntergeladen werden:



https://issuu.com/kommunikation-aus-berlin/docs/afd-bf-verkehrskonzept_issuu?fr=sODN-lNjQwMDe4MDQ

Darin stellen wir klar, dass Mobilität und soziale Teilhabe zusammenhängen. Tausende Berliner sind aus gesundheitlichen Gründen dringend auf ein eigenes Fahrzeug angewiesen, genauso wie Hunderttausende Berliner aus beruflichen Gründen ein eigenes Auto brauchen. Sie wollen sich die Freiheit, die ein individuelles Fahrzeug bietet, nicht nehmen lassen – Und das vollkommen zu Recht!

Zeigen Sie daher am 26. September dem Senat die ROTE KARTE und wählen Sie die AfD!

~ SCHOLTYSEK

Auszüge aus unserem Wahlprogramm: Innere Sicherheit und Bildung für Berlin

Innere Sicherheit und Bildung sind zwei Schlüsselfelder, auf denen sich die Zukunft Berlins entscheidet. Hier wollen wir Ihnen die Forderungen der AfD auf diesem Gebiet vorstellen (Das gesamte Wahlprogramm der AfD Berlin können Sie sich anschauen, indem Sie den nebenstehenden QR-Code scannen):

Innere Sicherheit

Das bekommen Sie mit der AfD...

Wir erwarten, dass Recht und Ordnung in allen Stadtteilen Berlins konsequent durchgesetzt werden und dass es keinen Rabatt für linksextreme Straftäter gibt. Dort, wo die Sicherheitsbehörden wie in der Rigaer Straße offen angegriffen werden, muss die Polizei mit einer „Null-Toleranz-Politik“ die staatliche Ordnung wiederherstellen. Rechtsfreie Räume darf es nicht geben. Deshalb fordern wir eine Beendigung aller direkten und indirekten Förderprogramme für Linksextremisten und linksextremistische Organisationen. Vereine, die Kontakte zu derartigen Organisationen unterhalten, dürfen keine Steuergelder erhalten.

Die AfD fordert die sofortige Aussetzung des „Landesantidiskriminierungsgesetzes“. Fünf Jahre Rot-Rot-Grün haben deutlich gezeigt, dass der gegenwärtige Senat ein Sicherheitsrisiko für Berlin darstellt! Die Senatspolitik zeugt von einem weitgehenden Realitätsverlust und ist Ausdruck einer unverhohlenen Polizei-feindlichkeit.

Wir erwarten, dass Recht und Ordnung in allen Stadtteilen Berlins konsequent durchgesetzt werden und dass es keinen Rabatt für linksextreme Straftäter gibt.

Um die Handlungsfähigkeit unserer Polizei wiederherzustellen, fordern wir im Einzelnen:



Scannen Sie einfach den QR-Code und sehen Sie sich unser Wahlprogramm online an.



- ➔ Eine Ermächtigungsgrundlage zum Einsatz des Distanzelektroimpulsgeräts (Taser)
- ➔ Eine Entfristung der Rechtsgrundlage zum Einsatz von BodyCams
- ➔ Eine rechtssichere Ermächtigungsgrundlage zum finalen Rettungsschuss
- ➔ Eine Ausweitung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum mit dem Schwerpunkt auf kriminalitätsbelastete Orte
- ➔ Eine Schaffung der Rechtsgrundlage zur Schleierfahndung

Die AfD fordert zudem, die Staatsangehörigkeit und den Migrationshintergrund bei Straftätern klar zu benennen. Ebenso ist, wie bei fremdenfeindlichen, auch auf mutmaßliche deutschenfeindliche Hintergründe hinzuweisen.

Die AfD setzt sich dafür ein, effektiver gegen Schwerstkriminalität und Kinderpornografie vorzugehen.

Die AfD setzt sich dafür ein, effektiver gegen Schwerstkriminalität und Kinderpornografie vorzugehen. Denn kriminelle Familien-Clans, Rockerbanden und andere Gruppierungen mit mafiösen Strukturen stellen den Rechtsstaat in Frage, betreiben Schmuggel, Menschen-, Waffen- und Drogenhandel; sie zwingen Frauen, Mädchen und junge Männer zur Prostitution

und begehen schwere Diebstahlsdelikte und gefährliche Körperverletzungen bis hin zum Mord. Die AfD fordert, die Beschlagnahme und Einziehung kriminell erworbenen Vermögens auf alle Clans sowie alle weitere OK-Strukturen auszuweiten.

Wir fordern wirksame Programme zur Bekämpfung des um sich greifenden Islamismus, die schon präventiv an den Schulen ansetzen müssen.

Der islamistische Extremismus bedroht zunehmend unsere Sicherheit und unsere demokratische Grundordnung. Berlin hat sich zu einer Hochburg von Salafisten und Anhängern des Islamischen Staates (IS) entwickelt. Die Zahl der gewaltbereiten Salafisten in Berlin hat sich in den vergangenen Jahren vervielfacht. Wir fordern wirksame Programme zur Bekämpfung des um sich greifenden Islamismus, die schon präventiv an den Schulen ansetzen müssen. Der islamische Extremismus muss stärker überwacht werden, um potenzielle Gefährder rechtzeitig identifizieren zu können.

Die AfD fordert überdies eine konzertrierte Justizreform, um die volle Einsatz- und Handlungsfähigkeit der Berliner Justiz wiederherzustellen.

Bildung

Das bekommen Sie mit der AfD...

Die AfD steht zum föderalen Prinzip: Bildung ist Ländersache und darf weder von der Bundesebene noch von der EU-Ebene aus diktiert werden.

Wir wenden uns gegen eine Ökonomisierung des Bildungswesens. Eine Reduzierung des Bildungsgedankens auf schlichte Nützlichkeitsaspekte lehnen wir ab. Die Unabhängigkeit unserer Schulen und Hochschulen muss gegen kommerziellen und ideologischen Einfluss verteidigt werden.

Die AfD steht zum föderalen Prinzip: Bildung ist Ländersache und darf weder von der Bundesebene noch von der EU-Ebene aus diktiert werden.

Kinder haben unterschiedliche Eigenschaften, Interessen und Bedürfnisse. Bildungsgerechtigkeit bedeutet, jeden Schüler seinen Anlagen und Fähigkeiten entsprechend optimal zu fördern. Wir sprechen uns deswegen für den Erhalt eines gegliederten Schulsystems in Berlin aus. Statt großer unpersönlicher Einheitschulen brauchen wir neben den Gymnasien und den Sekundarschulen gut ausgestattete Praxisschulen für Schüler mit überwiegend praktischen Begabungen und Interessen. Dort können Schüler eine Berufsfähigkeit erlernen und die Berufsschulreife erlangen. Allen Tendenzen, die Einheitsschule einzuführen, widersetzen wir uns.

Was Berlins Schulen jetzt benötigen, ist eine Einstellungsoffensive für qualifizierte Fachlehrer statt immer mehr Quereinsteiger.

Rund 2.000.000 Unterrichtsstunden werden pro Schuljahr im Land Berlin nicht planmäßig erteilt. Das sind 10% des gesamten Unterrichts. Unterrichtsausfall in dieser Größenordnung und nicht fachgerecht erteilter Unterricht bedeuten schlechtere Chancen für die Berliner Schüler. Mit geschönten Statistiken versucht der Senat, über diese eklatanten Missstände hinweg-

zutäuschen. Die AfD fordert, neue Kriterien zur transparenten Erfassung des tatsächlichen Unterrichtsausfalls zu schaffen und unverzüglich geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Vertretungsunterricht muss, wo immer möglich, von Fachlehrern gegeben werden. Deswegen fordern wir ein „Unterrichtsgarantiegesetz“, das eine Lehrerausstattung von 110% ermöglicht.

Wir fordern wir ein „Unterrichtsgarantiegesetz“, das eine Lehrerausstattung von 110% ermöglicht.

Die Bildungsexperimente der letzten Jahrzehnte haben Lehrern, Eltern und Schülern das Leben zunehmend schwerer gemacht. Die verordnete Kuschelpädagogik hat das Verhältnis von Lehrern und Schülern keineswegs entspannt. Sie entspricht auch nicht den Bedürfnissen der Heranwachsenden. Hinzu kommt, dass falsche Vorstellungen von Inklusion die Probleme an den Schulen zusätzlich erschwert haben. Auch digitale Lösungen können nur punktuell Abhilfe schaffen. Die Rahmenbedingungen für Lehrkräfte müssen deutlich verbessert werden. Wir werden Lehrern den Rücken stärken! Lehrer müssen in einem geregelten Umfeld arbeiten können und sich bei verbalen oder körperlichen Angriffen der Unterstützung von Schulverwaltung und Schulaufsicht sicher sein können. Dazu gehört auch, den Lehrern klarere Sanktionsmöglichkeiten bei Unterrichtsstörungen und disziplinarischem Fehlverhalten an die Hand zu geben.

Die AfD schlägt daher vor, Deutsch als verpflichtende Schulsprache im Berliner Schulgesetz zu verankern.

Was Berlins Schulen jetzt benötigen, ist eine Einstellungsoffensive für qualifizierte Fachlehrer statt immer mehr Quereinsteiger. Um diesem Ziel näher zu kommen und den Lehrerberuf zusätzlich aufzuwerten, treten wir für die Verbeamtung von Lehrern in Berlin ein.

Die deutsche Sprache und die ihr zugrunde liegende Kultur sind Grundlage und Ziel sämtlicher Bildungsbemühungen. Pflege und Durchsetzung von Deutsch als Schulsprache innerhalb und außerhalb des Unterrichts müssen für alle Lehrkräfte selbstverständlich und verbindlich

sein. Die AfD schlägt daher vor, Deutsch als verpflichtende Schulsprache im Berliner Schulgesetz zu verankern.

Die Erziehung zu kritischem Denken und die Toleranz gegenüber anderen Meinungen müssen im Unterricht immer wieder eingeübt und verteidigt werden.

Lehrer sehen sich damit konfrontiert, dass unser freiheitlich-demokratisches Wertesystem immer wieder von muslimischen Schülern abgelehnt und mit Füßen getreten wird. Vor diesem Hintergrund fordert die AfD die kompromisslose Durchsetzung der Werte unseres Grundgesetzes im Rahmen von Schule und Unterricht. Das Neutralitätsgesetz muss beibehalten und darf nicht ausgehöhlt werden. Schulsenat, Schulleitungen und Lehrer müssen hier an einem Strang ziehen.

Im Unterricht sollten verschiedene Positionen zur Darstellung gebracht und die Ergebnisoffenheit von demokratischen Entscheidungsprozessen betont werden.

Wir erleben zunehmend ein gesellschaftliches Klima, in dem Meinungskorridore eingeengt und Abweichungen vom politisch-korrekten Zeitgeist geächtet werden. Es verfestigen sich dogmatische Sichtweisen leider gerade auch im Politikunterricht an Berliner Schulen. Die AfD setzt sich dafür ein, dass im schulischen Rahmen und insbesondere im Politikunterricht das Indoktrinationsverbot (analog zum „Beutelsbacher Konsens“) konsequent durchgesetzt wird. Die Erziehung zu kritischem Denken und die Toleranz gegenüber anderen Meinungen müssen im Unterricht immer wieder eingeübt und verteidigt werden. Insbesondere im Politik- und Gemeinschaftskundeunterricht sollten verschiedene Positionen zur Darstellung gebracht und die Ergebnisoffenheit von demokratischen Entscheidungsprozessen betont werden. Absolutheitsansprüche, aus welcher politischen Richtung auch immer, widersprechen dem freiheitlichen Bildungsideal und dem demokratischen Geist unseres Bildungswesens.



Andrea Lorenz

Wahlkreis 1 – Alt-Treptow, Plänterwald, Baumschulenweg, nördliches Niederschöneweide und Oberschöneweide (westlicher Teil)

Was ist Ihnen wichtig im Leben?

Freiheit und Unabhängigkeit
Familie
Gesundheit

Was machen Sie gern in Ihrer Freizeit?

Fahrrad fahren, Natur erleben

Wie würden Sie Ihren Wahlkreis beschreiben? Was gefällt Ihnen dort? Was gefällt Ihnen nicht?

Der Plänterwald und der Treptower Park sind eine grüne Oase für die Treptower. Ich liebe es, dort spazieren zu gehen. Leider leidet der Park an Vermüllung und Vernutzung. Die Infrastruktur im Ortsteil Plänterwald ist auf jeden Fall verbesserungswürdig. Aus meiner Sicht fehlen Einkaufsmöglichkeiten, aber auch Kiezklubs oder Seniorentreffpunkte.

Ich möchte, dass Berlin wieder lebenswert wird. Die Vermeidung der Vermüllung in der ganzen Stadt, das Beenden der hohen Kriminalität an vielen Orten, der zu schaffende, dringend benötigte Wohnraum.



ANDREA LORENZ

Geboren: 1966

*Familie: 2 erwachsene Töchter, 4 Enkel
berufliche Tätigkeit: Fraktionsassistentin*

Warum sind Sie politisch aktiv geworden?

Ich bin politisch aktiv geworden, als ich feststellen musste, dass sich die etablierte Politik immer mehr vom Bürger entfernte. Statt in Deutschland den Menschen unter die Arme zu greifen, verteilen die Politiker unser Steuergeld lieber in der EU oder gar weltweit. Bürger werden nicht mehr gehört bzw. es werden „Informationsveranstaltungen“ abgehalten, an deren Ende dann immer der Wille der Politik steht und nicht der der Bürger. Ich möchte, dass das im Grundgesetz verbrieftete Recht, als Bürger auch der Souverän dieses Landes zu sein, wieder ernst genommen wird.

Was möchten Sie in dieser Stadt verändern?

Ich möchte, dass Berlin wieder lebenswert wird. Die Vermeidung der Vermüllung in der ganzen Stadt, das Beenden der hohen Kriminalität an vielen Orten, der zu schaffende, dringend benötigte Wohnraum. Letzteres Problem lässt sich nicht durch planlose Nachverdichtung bewältigen, sondern durch weniger Staat und mehr Investitionen, d. h. keine Investoren durch unnötige staatliche Instrumente wie Mietendeckel oder angedrohte Enteignungen großer Wohnungsbauunternehmen verschrecken, sondern gezielt bewerben.

Welche politischen Schwerpunkte haben Sie?

Familienpolitik, Kultur und Umwelt





Alexander Bertram

Wahlkreis 2 – Oberschöneeweide, Niederschöneeweide und Johannisthal

Was ist Ihnen wichtig im Leben?

Das Wichtigste im Leben ist natürlich die Familie. Gerade in unserer schnelllebigen, von unzähligen Reizen geprägten Zeit ist die Familie eine der wenigen wirklichen Konstanten. Darum ist es auch umso wichtiger, dass die Familie an sich auch weiter die Wertschätzung in unserer Gesellschaft erhält, die ihr zusteht. Dabei ist meine Familie auch sehr stark mein Antrieb, mich so vehement für den Erhalt des ursprünglichen Charakters unseres Landes einzusetzen. Denn dieses Deutschland, das gerade meiner Generation eine weitestgehend sorgenfreie Kindheit und so viele Möglichkeiten beschert hat, droht mehr und mehr unter die Räder zu kommen.

Was machen Sie gern in Ihrer Freizeit?

Meine größte Leidenschaft ist das Wandern. Seien es kurze Tagesausflüge, Mehrtagestouren mit Zelt und Schlafsack durch Schottland oder aber Extremwanderungen von bis zu 100 km am Stück. Die Zeit in der Natur, die damit auch einhergehende Ruhe, und dies noch verbunden mit einem gewissen sportlichen Anspruch, sind für mich die perfekte Freizeitgestaltung.

Mit der Gründung der AfD war es dann für mich klar: Das ist meine Partei!

Wie würden Sie Ihren Wahlkreis beschreiben? Was gefällt Ihnen dort? Was gefällt Ihnen nicht?

Geprägt von der Spree und der Industriekultur in Oberschöneeweide, aber ebenso auch von großen Einfamilienhausgebieten – das würde wohl in jedem Reiseführer zu meinem Wahlkreis stehen. Und genauso bunt wie auch die Durchmischung der unterschiedlichen Regionen im Wahlkreis sind auch die Mischung



ALEXANDER BERTRAM

Geboren: 1988

Familie: **verheiratet, 1 Tochter**

berufliche Tätigkeit: **abgeschlossenes Studium der Sozialwissenschaften.**

In der AfD sowohl beruflich als auch ehrenamtlich bereits in verschiedenen Funktionen auf Bezirks-, Landes-, und Bundesebene tätig gewesen.

der Bevölkerung und deren Sorgen und Nöte. Insbesondere Schöneeweide hat in den letzten Jahren zunehmend ein Problem mit massiver Vermüllung und einer immer weiter fortschreitenden Verwahrlosung im öffentlichen Raum. In manchen Straßen wechseln sich illegal abgestellte Schrottwagen und Müllberge regelrecht ab. Hier gilt es, sich endlich nicht mehr wegzuducken, sondern mit klaren Taten dagegen vorzugehen. Das ist umso bedauerlicher, da Schöneeweide gerade auch mit Blick auf die vielen Investitionen und die HTW eigentlich das Potential hat, eine der zukunftsträchtigsten Regionen in Treptow-Köpenick oder gar von ganz Berlin zu werden, und es schmerzt mich, zu sehen, wie un kreativ und ohne wirklichen Wertekompass die zuständigen Stellen hier die Prioritäten setzen.

Warum sind Sie politisch aktiv geworden?

Mein politischer Antrieb war schon immer die konsequente Ablehnung einer überbordenden Bevormundung – insbesondere durch staatliche Stellen. Dies begann bereits an der Universität, an der ich mich hochschulpolitisch schon ebenso gegen irrwitzige ideologische Experimente gestellt habe wie gegen die Verschwendung von Haushaltsmitteln. Für mich war es daher nur konsequent, dieses Engagement auch außerhalb der Universität weiter zu verfolgen, um nicht nur von der Seitenlinie, sondern in der ersten Reihe die Entwicklungen in unserem Land hin zum Positiven zu begleiten. Mit der Gründung der AfD war es dann für mich klar: Das ist meine Partei!

Was möchten Sie in dieser Stadt verändern?

Da fällt mir spontan so viel ein, dass der Platz wohl kaum ausreichen würde. Wenn es aber um meine drei Kernforderungen für Berlin geht, so wären dies wohl:

- **Verbindliche Regelungen zur parteipolitischen Neutralität von staatlich geförderten Einrichtungen, insbesondere im Bereich der Jugendhilfe.**
- **Beibehaltung des gegliederten Schulsystems, in dem jeder Schüler nach seinen Begabungen, Anlagen und Fähigkeiten optimal gefördert wird.**
- **Konsequente Beendigung von Quotenwahnsinn, Gender-Experimenten und Frühsexualisierung auf allen Ebenen.**

Welche politischen Schwerpunkte haben Sie?

Arbeit und Soziales, Jugend, Bildung und Schule.





Frank Scholtysek

Wahlkreis 3 – Adlershof und Altglienicke

Was ist Ihnen wichtig im Leben?

Meine Familie, meine Partnerin, mein Beruf. Es ist mir sehr wichtig, das richtige Verhältnis zwischen Beruf und Privatleben zu finden. Gesundheit ist mir zudem sehr wichtig, deshalb höre ich auf meinen Körper und ernähre mich ausgeglichen.

Was machen Sie gern in Ihrer Freizeit?

Das kommt stark auf die Jahreszeit an. Von Frühling bis Herbst bin ich gern draußen; es gibt immer wieder sooo viel Neues in Berlin und Brandenburg zu entdecken. Zu Fuß, mit dem Fahrrad, dem Boot oder auch mit dem Auto. Mit Freunden, Hund und Partnerin.

Im Winter gern mal ins Kino, aber auch zu Hause einen Filmabend, oder lesen und mich mal wieder durch meine Schallplatten hören.

Wie würden Sie Ihren Wahlkreis beschreiben? Was gefällt Ihnen dort? Was gefällt Ihnen nicht?

Adlershof ist ein sehr spannender Ort, allein schon durch die Universität und die kontinuierliche Veränderung der letzten 10 bis 12 Jahre. Das „alte“ Adlershof nördlich der S-Bahn, die Dörfeldstraße mit ihrem weiteren Umfeld und auch der Marktplatz müssten städteplanerisch mal neu überdacht werden. Da gibt es ja auch schon viele Ansätze, die aber allesamt an den Wünschen und Bedürfnissen der Adlershofer vorbeigehen. Es gibt ganz unterschiedliche Interessenverbände, die aber jeweils nur ihre Sichtweise umgesetzt haben wollen. Es fehlt der große, übergreifende Wurf. Altglienicke erinnert mich in vielen Bereichen an den Ort in Ostwestfalen, in dem ich aufgewachsen bin. Auch der Menschenclag ist ähnlich. Ich wohne selbst ja in Johannisthal, fühle mich aber auch in Adlershof und Altglienicke sehr wohl und bin dort auch gern unterwegs, kaufe dort ein, spreche immer gern mit den Menschen. Das viele Grün in und um Altglienicke ist sehr schön, den Landschaftspark und die Büffel finde ich toll.



FRANK SCHOLTYSEK

Geboren: 1967

Geburtsort: Paderborn

berufliche Tätigkeit: **gelernter Bau- und Möbeltischler, Studium im Bauwesen, Abschluss Dipl.-Wirtschaftsingenieur mit Schwerpunkt Bauwesen. Seit 2004 selbständig im Bau- und Immobilienbereich, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin**

Warum sind Sie politisch aktiv geworden?

Um es ganz kurz zu beantworten, weil ich seit vielen Jahren sehe, dass es in den meisten Mainstream-Medien nur noch eine Meinung gibt. Und dass es offenbar nur noch eine Meinung geben soll. Das fand ich vor einigen Jahren schon sehr erschreckend. Aus meiner Sicht fehlte seit der Regierungsübernahme durch die Große Koalition eine wirkliche Opposition. Das war der Hauptgrund.

Berlin muss wieder funktionieren. Es kann nicht sein, dass man keinen Termin beim Bürgeramt oder beim Standesamt bekommt.

Was möchten Sie in dieser Stadt verändern?

Berlin muss wieder funktionieren. Es kann nicht sein, dass man keinen Termin beim Bürgeramt oder beim Standesamt bekommt. Es kann nicht sein, dass die Zulassung eines Autos sechs Wochen oder länger dauert. Es kann nicht sein, dass der Senat über viele Dinge, die in den Bezirken passieren, keinen Überblick hat. Bestes Beispiel sind die Grünflächen und Straßenbäume. Jeder Bezirk wurstelt hier vor sich hin, für Ordnung und Sauberkeit in Parks und Grünanlagen schiebt einer die Verantwortung auf den anderen. Es wird darüber gestritten, ob Mülleimer grün oder orange sein sollen, anstatt überhaupt welche aufzustellen. Der Senat vermutet, dass die Bezirke gefällte Straßenbäume im Verhältnis 1:1 neu anpflanzen. Ob es tatsächlich so ist, weiß er aber nicht. Das kann ja wohl nicht wahr sein. Die Verkehrssituation ist katastrophal, in die Infrastruktur wurde seit vielen Jahren kaum Geld investiert. Berlin lebt im Grunde in allen Bereichen von der Substanz. Das kann auf Dauer nicht gut gehen.

Welche politischen Schwerpunkte haben Sie?

Meine Schwerpunktthemen sind der Berliner Verkehr, die Berliner Bäume und der Umweltschutz generell. Nur wo die Umwelt schön und intakt ist, fühlen die Menschen sich auch wohl. Umweltschutz ist somit auch ganz klar Heimatschutz. Der Berliner Verkehr, die individuelle Mobilität gehören ebenso dazu. Mobilität sichert unsere soziale Teilhabe. Und auch das gehört dazu, damit wir uns am Ort unseres Lebens wohl und zufrieden fühlen.





Andreas Klupsch

Wahlkreis 4 – Dammvorstadt, Kölnische Vorstadt/Spindlersfeld, Bohnsdorf, Grünau und Schmöckwitz

Was ist Ihnen wichtig im Leben?

An erster Stelle steht die Familie. Das bedeutet, dass ich mich für ein Deutschland engagiere, in dem auch noch meine Enkeltochter als stolze, selbstbewusste Frau leben kann.

Wie würden Sie Ihren Wahlkreis beschreiben? Was gefällt Ihnen dort? Was gefällt Ihnen nicht?

Der Wahlkreis 4 erstreckt sich quer durch Treptow-Köpenick und ist einer der schönsten Wahlkreise in ganz Berlin. Ich bin in Treptow-Köpenick geboren und aufgewachsen, und mein Wahlkreis ist meine Heimat. Leider hat sich auch hier nicht alles zum Positiven entwickelt: marode Brücken, kaputte Straßen, zu wenige Schulen, Kitas, bezahlbare Wohnungen. Baudenkmäler, die verfallen, Dreck und Verwahrlosung und vieles mehr gehören hier mittlerweile leider zum Alltag. Das muss sich ändern!

Warum sind Sie politisch aktiv geworden?

Mein politisches Interesse begann vor gut 20 Jahren. Seit dieser Zeit arbeite ich in einer großen Bundesbehörde, und da bleibt es nicht aus, dass man sich mit Politik beschäftigt. Aktiv wurde ich aber erst 2018. Ich lernte namhafte Politiker der AfD kennen, und mir wurde klar,



ANDREAS KLUPSCH

Geboren: 1972

Geburtsort: **Berlin-Köpenick**

Familienstand: **verheiratet**

berufliche Tätigkeit: **Berufskraftfahrer**

Politisches Engagement: **Bürgerdeputierter im Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Bürgerdienste, Vorstandsmitglied der AfD Treptow-Köpenick**

Interessen: **Zweiradfahren (mit und ohne Motor), Mitglied im Bohnsdorfer Feuerwehr- und Siedlerverein**

dass meine Heimat Deutschland etwas Besseres verdient hat als die herrschende All-Parteienkoalition. Es sind nicht nur die Euro-Politik der Altparteien und die völlig aus dem Ruder gelaufene Flüchtlingspolitik; nein, es gibt noch viele

weitere Themen, die dringend angegangen werden müssen: sei es Renten-, Verkehrs-, Umwelt-, Sozialpolitik – überall kommt das Versagen der bisher politisch Verantwortlichen zum Tragen. Ein Desaster, welches schnellstmöglich beendet werden muss!

Wir Berliner dürfen uns unsere Stadt nicht wegnehmen lassen! Weder von Kriminellen noch von Ökosozialisten, Kampfradlern oder militanten Antifaschisten.

Was möchten Sie in dieser Stadt verändern?

Wir Berliner dürfen uns unsere Stadt nicht wegnehmen lassen! Weder von Kriminellen noch von Ökosozialisten, Kampfradlern oder militanten Antifaschisten. Ich möchte, dass Berlin wieder eine ganz normale deutsche Stadt wird, weder arm noch sexy.

Welche politischen Schwerpunkte haben Sie?

Ich befürchte, dass der soziale Unfrieden die zukünftig größte politische Sprengkraft sein wird. Deshalb möchte ich meinen Schwerpunkt genau hier setzen, in der Sozialpolitik.





Martin Trefzer

Wahlkreis 5 – Altstadt/Kietz, Allende-Viertel, Kietzer Feld, Wendenschloss und Müggelheim

Was ist Ihnen wichtig im Leben?

Geradlinigkeit, Aufrichtigkeit, Gelassenheit, Menschlichkeit. Man muss zu dem stehen, was man für richtig hält, und darf sich nicht verbiegen lassen.

Was machen Sie gern in Ihrer Freizeit?

Ich beschäftige mich auch in meiner Freizeit gerne mit Politik, lese politische oder historische Literatur. Als Ausgleich fahre ich viel Fahrrad, gehe Schwimmen und spiele gelegentlich Beachvolleyball. Freie Stunden verbringe ich gerne im Familiengarten in Müggelheim.



MARTIN TREFZER

Geboren: 1969

Familienstand: **verheiratet, drei Kinder**

berufliche Tätigkeit: **Bankkaufmann**

und **Volkswirt, Mitglied des**

Abgeordnetenhauses von Berlin

Wohnort: **Köpenick, Ortsteil Kietz**

Nach knapp fünf Jahren rot-rot-grünem Chaos und ideologiegetriebenem Wunschdenken sehnen sich die Berliner danach, endlich anständig regiert zu werden.

Wie würden Sie Ihren Wahlkreis beschreiben? Was gefällt Ihnen dort? Was gefällt Ihnen nicht?

Der Wahlkreis 5 ist mit der Altstadt Köpenick, dem Müggelsee und den Ufern von Dahme und Spree einer der schönsten Wahlkreise Berlins. Hier gibt es von allem etwas: zwei Großsiedlungen im Grünen, Mehrfamilienhäuser, gewachsene Einfamilienhausgebiete, eine sympathische Villengegend und mit Müggelheim eine der ursprünglichen Landgemeinden Berlins mit dörflichem Charakter. Wie auch in anderen Teilen Berlins machen sich aber auch hier die Probleme eines starken Zuzugsdrucks bemerkbar. Leider ist die Infrastruktur nicht im erforderlichen Maße mitgewachsen. Mit den Neubaugebieten im Mari-

enhain und auf dem Areal des ehemaligen Funkwerks ist die Grenze der Belastbarkeit für die Infrastruktur mittlerweile erreicht oder sogar überschritten. Schon jetzt ist z.B. der Kreuzungsbereich Wendenschloßstraße/Müggelheimer Straße im morgendlichen Berufsverkehr heillos überlastet. Das kann so nicht weitergehen. Nachverdichtung um jeden Preis wird es mit mir nicht geben.

Warum sind Sie politisch aktiv geworden?

Ich bin 2013 wegen der verfehlten Euro-Rettungspolitik in die AfD eingetreten. Seither sind die Dinge leider nicht besser geworden. Die Schussfahrt in die europäische Transferunion geht munter weiter. Mittlerweile gefährden die gemeinsame Schuldenaufnahme, die steigenden Target-2-Salden sowie die willkürliche

Neudefinition des Inflationsziels durch die EZB massiv die Zukunftschancen unserer Kinder. Gut, dass es in dieser Situation die AfD gibt, die mit aller Kraft dagegenhält, genauso wie bei der verhängnisvollen Migrationspolitik der Altparteien. Für mich Grund genug, Mitglied der AfD zu sein!

Was möchten Sie in dieser Stadt verändern?

Nach knapp fünf Jahren rot-rot-grünem Chaos und ideologiegetriebenen Wunschdenkens sehnen sich die Berliner danach, endlich anständig regiert zu werden. Sie wollen eine handlungsfähige Polizei, ein funktionierendes Verkehrssystem, Bürgerämter ohne endlose Wartezeiten und ausreichend Wohnungen für ihre Familien statt rot-rot-grünem Polit-Agitprop. Ich möchte den Leuten Mut machen, sich in die Politik einzumischen. Dazu brauchen wir keine Sprach- und Denkverbote, sondern die Bereitschaft zum Selbstdenken und Mut zum Widerspruch.

Welche politischen Schwerpunkte haben Sie?

Meine politischen Schwerpunkte im Abgeordnetenhaus sind die Wissenschaftspolitik, wo ich die Neuüberprüfung der Doktorarbeit von Franziska Giffey angestoßen habe, sowie die Geschichts- und Erinnerungspolitik. Gerade im Bereich der Aufarbeitung der SED-Diktatur mussten die Berliner unter Rot-Rot-Grün manche Kröte schlucken. Hier habe ich den Finger immer wieder in die Wunde gelegt und in einem Untersuchungsausschuss die Aufklärung der Intrige von Kultursenator Lederer gegen den verdienten Gedenkstättenleiter Hubertus Knabe vorangetrieben.





Georg Pazderski

Wahlkreis 6 – Köpenick-Nord, Friedrichshagen und Rahnsdorf/Hessenwinkel

Was ist Ihnen wichtig im Leben?

Ich möchte, dass Freiheit und Verantwortung in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen. Ich halte es für gut, wenn Politiker sich am Gemeinwohl orientieren. Ganz persönlich möchte ich meinen Kindern und Enkeln ein Berlin und ein Deutschland hinterlassen, in dem sie gerne und sicher leben.

Was machen Sie gern in Ihrer Freizeit?

Ich lese gerne Bücher, mache Ausdauersport, fahre Motorrad, und wenn die Zeit es erlaubt, spiele ich auch mal eine Partie Golf.

Welche Bücher lesen Sie gerne?

Ich lese gerne Bücher, die sich mit historischen Themen befassen, Romane und Biographien und natürlich jede Art klassischer Literatur, wobei es mir die großen russischen Schriftsteller besonders angetan haben.

Wie würden Sie Ihren Wahlkreis beschreiben? Was gefällt Ihnen dort? Was gefällt Ihnen nicht?

Mir gefällt die Nähe zur Natur, die Lage am Rande von Berlin und Brandenburg. Ich schätze sehr, dass es hier noch so etwas wie sozialen Zusammenhalt und Gemeinsinn gibt und die Menschen bodenständig sind, statt jeder Mode hinterherzulaufen.



GEORG PAZDESKI

Geboren: 1951

Familienstand: **verheiratet**

berufliche Tätigkeit: **Oberst a.D.,**

Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

Wohnort: **Köpenick**

Warum sind Sie politisch aktiv geworden?

Ich bin aktiv geworden, weil ich den Eindruck gewonnen habe, dass in der Ära Merkel Deutschland immer weiter zurückfällt. Statt unseren Kindern und Enkeln gute Startchancen für ihr künftiges Leben zu geben, hinterlassen wir ihnen riesige Schulden, marode Straßen und Schulen, viele Zuwanderer, die sich nicht integrieren wollen oder können und eine Gesellschaft, in der man nicht mehr offen sagen kann, was man denkt.

Was möchten Sie in dieser Stadt verändern?

Berlin muss sich endlich an den Besten orientieren und sich dem Wettbewerb der großen Metropolen in dieser Welt stellen. Wir brauchen gut bezahlte Arbeitsplätze in Zukunftsbranchen; auch wieder in der Industrie. Bisher wird dagegen in Berlin zu sehr klein-klein gedacht. Hinzu kommen noch die Versuche von Roten und Grünen, unsere Stadt nach ihren Glaubensvorstellungen umzugestalten, vom Verkehr über die ungesteuerte Zuwanderung bis zur schlechten Schulbildung für unsere Kinder. Das alles bringt den Bürgern nichts.

Jeder Bürger muss offen sagen können, was er denkt. Normale Menschen müssen sich in Berlin sicher und zu Hause fühlen.

Welche politischen Schwerpunkte haben Sie?

Ich habe einen Blick für die gesamte Entwicklung in unserer Stadt. Jeder Bürger muss offen sagen können, was er denkt. Normale Menschen müssen sich in Berlin sicher und zu Hause fühlen. Berlin braucht zukunftssichere Jobs, nicht Klimawahn, Gendergaga oder Multikulti-Begeisterung.



Denis Henkel

Wahlkreis 84 für den Bundestag: Berlin Treptow-Köpenick

Was ist Ihnen wichtig im Leben?

Wichtig sind mir gemeinsame Zeit mit der Familie, Gesundheit sowie Spaß und Erfolg bei der Arbeit. Vor allem aber wünsche ich mir, dass meine Kinder in Frieden, Freiheit und Sicherheit leben können, frei von staatlicher Indoktrination, Bevormundung und Bespitzelung.

Was machen Sie gern in Ihrer Freizeit?

Ich reise gern, ob zum Baden am Meer, zum Wandern in den Bergen oder zum Sightseeing in fremden Städten. Es ist ein Glück, dass wir die Freiheit haben, die Welt zu erkunden.

Welche Musik hören Sie gern?

Je nach Anlass und Stimmung höre ich eine große Bandbreite von Musik, am liebsten Rock/Pop der 80er, Techno und House, Hip Hop, aber auch Heavy Metal und ausnahmsweise auch Schlager.

Was gefällt Ihnen an unserem Bezirk? Was gefällt Ihnen nicht?

Ich habe schon im Wedding, in Zehlendorf, Prenzlauer Berg und Lichtenberg gewohnt, aber nirgends ist es so schön wie in Köpenick. Vor allem die Natur, unsere Flüsse, Seen, Wälder und Parks mag ich besonders. Gerade für Familien mit Kindern ist es ein wunderbarer Bezirk. Weit weniger mag ich die politischen Verkrustungen in Treptow-Köpenick, die vor allem von Seilschaften der SPD und der Ex-SED (Die Linke) bestimmt sind. Nur hier war es möglich, dass einem ehemaligen Stasi-Spitzel und SED-Agitator die Bürgermedaille, die höchste Auszeichnung des Bezirks, verliehen werden konnte – ein Schlag ins Gesicht der Opfer der SED-Diktatur. Die Treptow-Köpenicker haben aber ein gutes Gespür für diese politischen Fehlentwicklungen. Die AfD ist bei den letzten Berlin-Wahlen nicht ohne Grund drittstärkste Kraft in der BVV und sogar zweitstärkste Partei bei der Abgeordnetenhauswahl noch knapp vor der SPD geworden.

Warum sind Sie politisch aktiv geworden?

Ich bin im Mai 2014 in die AfD eingetreten, weil ich mich von den etablierten Parteien nicht mehr vertreten fühlte und den Fehlentwicklungen in Deutschland unter Bundeskanzlerin Angela Merkel nicht länger tatenlos zuschauen wollte; allen voran der desaströsen Eurorettung, der teuren und unsozialen Energiewende mit dem völlig überstürzten Atomausstieg und der verhängnisvollen Migrationskrise. Es ist beschä-

mend, wie die Altparteien sich unser Land zur Beute gemacht haben, unseren einstigen Wohlstand verprassen und unsere Freiheit unter dem Deckmantel der Toleranz auflösen.

Was möchten Sie in diesem Land verändern?

Die Spaltung der Gesellschaft, die in der Merkel-Ära mit einer Politik der Ausgrenzung politisch Andersdenkender vertieft wurde, muss geheilt werden. Wir brauchen wieder eine offene Debattenkultur ohne Scheuklappen, Denk- und Redeverbote, denn Meinungsfreiheit ist die Grundlage einer freien, demokratischen Gesellschaft. Ich möchte mehr Bürger wieder für Politik begeistern und sie davon überzeugen, sich aktiv einzumischen. Und ich möchte verhindern, dass die Verantwortung für Deutschland in die Hände rot-grüner Ökosozialisten für ihre gefährlichen Gesellschaftsexperimente gerät, deren Folgen man leider schon in Berlin beobachten kann.

Welche politischen Schwerpunkte haben Sie?

Leistung muss sich in Deutschland wieder lohnen. Dazu brauchen wir eine mittelstandsfreundliche Wirtschafts- und Steuerpolitik ohne weiteren Lockdown und für mehr Netto vom Brutto. Es muss auch wieder normal sein, unsere Grenzen vor illegaler Einwanderung zu schützen, Clan-Strukturen aufzubrechen sowie kriminelle Ausländer und extremistische Gefährder konsequent abzuschieben. Schließlich bedeutet soziale Gerechtigkeit für mich die Anerkennung der Lebensleistung durch eine Rente, von der man gut leben kann, und eine Finanzpolitik, welche die private Altersvorsorge der Deutschen nicht durch Niedrigzinsen und Inflation auffrisst. Als Lehre aus der Merkel-Ära muss die Amtsdauer des Bundeskanzlers auf zwei Amtszeiten begrenzt werden. Der Bundespräsident muss als echtes Staatsoberhaupt endlich direkt gewählt werden und darf nicht als Resterampe der Altparteien dienen. Schließlich brauchen wir endlich Volksentscheide auf Bundesebene wie in der Schweiz. Die millionenschwere Förderung von Scheindemokraten aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben“ muss eingestellt werden. In Treptow-Köpenick brauchen wir keine dritte Partnerschaft für Demokratie in Altglienicke. Vielmehr muss das sogenannte „Zentrum für Demokratie“ in Schöneeweide geschlossen werden. Bundeseigene Grundstücke im Bezirk dürfen nicht an ausländische Spekulanten verscherbelt werden.



DENIS HENKEL

Geboren: 1975

Familienstand: **verheiratet, 3 Kinder**

berufliche Tätigkeit: **Jurist, BVV Treptow-Köpenick: seit 2016 Bezirksverordneter, stv. Vorsitzender der AfD-Fraktion**

Wohnort: **Köpenick**

Was schätzen Sie am meisten an Gregor Gysi? *Zwinkersmiley*

Dass er zum letzten Mal für den Bundestag kandidiert.

Was kann sich Deutschland von welchen Ländern abschauen?

Die restriktive Migrationspolitik von Dänemark, Japan und Australien, die Volksabstimmungen von der Schweiz, den Mut der Briten, die sich trotz aller Horrorszenarien in freier Selbstbestimmung für den EU-Austritt entschieden haben, und die Fußballnationalmannschaft von Italien.

Was möchten Sie den Treptow-Köpenickern mitteilen?

Ich stehe für Freiheit, eine lebendige Demokratie und einen konsequenten Rechtsstaat. Treptow-Köpenick braucht im Deutschen Bundestag endlich eine starke Stimme der Vernunft gegen links-grüne Verbotsphantasien, für ein Ende der grenzenlosen Einwanderung in unsere Sozialsysteme, für bezahlbare Energie und Umweltschutz statt Klimahysterie und für Bildung mit Niveau statt Genderwahn. Ich will, dass unser Bezirk eine friedliche Heimat für Familien und Kinder bleibt, mit sozialem Zusammenhalt zwischen den Generationen, innovativ und naturverbunden, ohne rechtsfreie Räume und Parallelgesellschaften.

Deutschland. Aber normal.

Dafür bitte ich um Ihr Vertrauen am 26. September 2021.

Fünf Jahre für Freiheit, Demokratie und Rechtstaatlichkeit

5 Jahre für die Bürger von Treptow-Köpenick – Die AfD-Fraktion zieht Bilanz



Die aktuelle Wahlperiode neigt sich dem Ende zu. Das ist eine gute Gelegenheit, über die Arbeit, die Entwicklungen und die Erfolge unseres politischen Einsatzes in der Bezirksverordnetenversammlung von Treptow-Köpenick Bilanz zu ziehen. Als AfD-Fraktion sind wir selbstverständlich mit dem Anspruch gestartet, nicht nur von der Seitenlinie aus Kritik zu äußern, sondern aktiv Lösungsvorschläge für sämtliche Probleme in unserem Bezirk einzubringen – und dafür zu streiten. Dabei ist unsere Grundüberzeugung, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern von Treptow-Köpenick keine Luftschlösser bauen, sondern eine realistische Politik ohne ideologische Scheuklappen verfolgen.

Leider mussten wir recht schnell feststellen, dass wir mit dieser pragmatischen Haltung ziemlich allein auf weiter Flur waren und die anderen Fraktionen unsere Anträge regelmäßig ablehnten, nur um dieselben Anträge später als ihre eigenen auszugeben. Dies spornte uns aber umso mehr an, die vielen Probleme in unserem Bezirk klar zu benennen und mittels Öffentlichkeitsarbeit in unserem Bezirk bekannt zu machen. Denn vieles wäre womöglich unter den Teppich gekehrt und einfach durchgewunken worden, wenn es diese so wichtige Oppositionsarbeit unserer bürgerlich-konservativen Partei nicht gegeben hätte.

Sei es bei den Themen Nachverdichtung von Wohngebieten, Verschwendung von Steuermitteln, Natur- und Umweltschutz, maroden Schulen oder auch den Migrationsproblemen; überall konnten wir Akzente setzen und so die allerschlimmsten Auswüchse durch knallharte Aufklärungsarbeit verhindern oder zumindest abmildern.

Von den Folgen der weltweiten Pandemie und der Lockdown-Politik der Bundesregierung blieb Treptow-Köpenick nicht verschont. Viel zu oft ist in dieser Zeit die Verhältnismäßigkeit verloren gegangen, und viel zu oft wurden wir von Kurzschlussreaktionen der Verantwortlichen im Berliner Senat und in der Bundesregierung überrascht. Die einseitige Lockdown-Politik ging zu Lasten vieler Menschen in unserem Bezirk, vor allem der mittelständischen Betriebe und der Gastronomie. Zu allem Überfluss bereicherten sich Altparteienvertreter auch noch persönlich durch Masken-Deals und ermöglichten eine gigantische Betrugsmaschinerie durch inflationäre Corona-Tests mit unorganisierten Abrechnungssystemen. Die Zeche zahlt – wie immer – der Steuerzahler!

Vor diesem Hintergrund bin ich stolz, sagen zu können, dass wir als Fraktion nebst unserem zuständigen AfD-Stadtrat im Rahmen unserer Möglichkeiten immer den Leitge-

danken der Verhältnismäßigkeit berücksichtigt haben. Unsere Positionen im Rahmen von Corona haben immer eine Ausgewogenheit aus Gesundheitsschutz, Bewahrung von Grundrechten und dem Schutz der heimischen Wirtschaft hergestellt.

Leider sind weit über Corona-Lockdowns hinaus in den vergangenen Jahren Maß und Mitte viel zu oft in der Politik verloren gegangen und einem immer übergriffigeren und schamlosen Regierungshandeln gewichen. Die Kartellparteien machen auf allen Ebenen deutlich, dass sie Widerstand gegen ihre Vielfalts-, Klima- und Sozialismuskonzepte entgegen allen demokratischen Regeln und Gepflogenheiten um jeden Preis unterdrücken möchten.

Das, was die Altparteien bisweilen am meisten fürchten, ist die Beteiligung oder auch nur die Anwesenheit derjenigen Menschen unseres Bezirks, die die Suppe täglich auslöffeln müssen. Immer dann, wenn unmittelbar Betroffene der unverantwortlichen Politik der Kartellparteien vor Ort sind, ist von den sonst so markigen Sprüchen der Altparteien nur noch wenig zu hören.

Vieles wäre womöglich unter den Teppich gekehrt und einfach durchgewunken worden, wenn es unsere Oppositionsarbeit nicht gegeben hätte.

Darum möchte ich Sie ganz persönlich an dieser Stelle aufrufen: **Mischen Sie sich ein!** Treten Sie für Ihre Interessen ein und überlassen Sie unseren Bezirk nicht den sozialistischen Phantasien einiger Klientelparteien.

Nach fast fünf Jahren kommunaler Oppositionsarbeit gilt es an dieser Stelle, Danke zu sagen! Danke an die vielen Bürger, Vereine und Initiativen von Treptow-Köpenick, die sich mit ihren Anliegen direkt an uns als Fraktion gewandt haben.

Auch in der nächsten Legislatur werden wir uns wieder für Sie einsetzen! Auch in der nächsten Legislatur werden wir für diejenigen Werte streiten, welche die Grundpfeiler unseres Zusammenlebens sind: Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit!

IHR ALEXANDER BERTRAM



Foto: stock.adobe.com, Jentwein Photo

Freiwillige Feuerwehr Müggelheim wird im Regen stehen gelassen

SPD ist sich auf Bezirks- und Landesebene uneins

Die Kameraden und Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Müggelheim können es nicht fassen! Der dringend benötigte Neubau der Feuerwache an der Odernheimer Straße ist Anfang August von der Senatsverwaltung für Finanzen, die die SPD verantwortet, gekippt worden. Noch im Frühjahr hatte der SPD-Abgeordnete Tom Schreiber aus Treptow-Köpenick Hoffnungen der Freiwilligen Feuerwehr genährt. Nun brechen sich Frust und Enttäuschung über die Senatswillkür Bahn.

Den sowohl Wilhelmshagen als auch Müggelheim sind auf den Bau neuer Feuerwachen angewiesen. Den Baubeginn in Wilhelmshagen hat man nun seitens des Senates auf 2025 verschoben; Müggelheim auf den Sankt-Nimmerleinstag! Der Wehrleiter und seine Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Müggelheim sondieren nun Konsequenzen. Man möchte sich diesen Affront nicht gefallen lassen.

Brisant ist überdies der Zeitpunkt der Senatsentscheidung. Nach dem Stromausfall in Treptow-Köpenick Anfang 2019 und der Corona-Krise ist Infrastruktur für Notfälle und Krisensituationen dringend vonnöten. Im abge-

Wilhelmshagen als auch Müggelheim sind auf den Bau neuer Feuerwachen angewiesen.

blasenen Neubau der Freiwilligen Feuerwehr Müggelheim sollte auch ein Rettungswagen stationiert werden. Deshalb fordert Martin Trefzer, AfD-Bezirkssprecher und Mitglied des Abgeordnetenhauses, dass endlich Schluss sein muss mit der Hinhaltetaktik des Senats. Die Mittel für die Feuerwache in Müggelheim müssen unverzüglich bereitgestellt werden.

~ JOHANNES RACKOW

Wer hat so viel Pinke Pinke?

Corona-Testskandal – wieder einmal müssen die Steuerzahler die Zeche zahlen

Die Überforderung der Bundesregierung und der Landesregierungen im Umgang mit der Corona-Krise begleitet uns seit nunmehr anderthalb Jahren. Hektisches Hin und Her, uneinheitliche Regelungen und widersprüchliche Maßnahmen sind bisweilen kennzeichnend für den Aktionismus der Regierenden von Kiel bis München gewesen.

Das Heil im Kampf gegen die Ausbreitung des Virus witterte man an verschiedenen Stellen: Neben nicht enden wollenden Lockdowns samt Einschränkung von Grundrechten und Maskenzwang wurde „Testen ohne Ende“ als vermeintliches Allheilmittel der überforderten Exekutive auserkoren. Nicht nur beim wahnsinnigen Verkauf von Masken rieben sich Geschäftemacher die Hände. Als auf einmal improvisierte Teststellen im ganzen Land wie Pilze aus dem Boden sprossen, glitzerten vermutlich die Augen von halbseidenen Glücksrittern.

Während Taxifahrer, Gastronomen und Hoteliers um ihre Existenzen bangten, schuf der Staat die besten Voraussetzungen für Scharlatane und Nutznießer dieser Krise. Bekanntlich lässt sich der Berliner Senat schon seit Jahren von arabischen Clans auf der Nase herumtanzen. Auch bei den Corona-Schnelltests gibt es Hinweise, dass Clans ihre Finger im Spiel haben.

Die AfD fordert daher: Schluss mit falsch verstandener Rücksichtnahme auf arabischstämmige kriminelle Familiencians. Der Skandal um veruntreute Corona-Schnelltest-Gelder muss endlich schnell und konsequent aufgeklärt werden.

~ JOHANNES RACKOW



Chaos bei Schulanmeldungen

Massive Probleme bei Anmeldungen für das Schuljahr



Foto: stock.adobe.com, Jemnevein Photo

Bezirksübergreifend hat es in diesem Sommer massive Probleme bei den Anmeldungen für das neue Schuljahr gegeben. Vielen Kindern und deren Eltern wurde ein Bezirkswechsel aufgebürdet. Dies betraf sowohl die Einschulungen an Grundschulen als auch die Übergänge auf die Oberschulen.

Spitzenreiter bei der Schülermigration durch die Bezirke ist Pankow mit über 1.000 Schülern, die täglich bis nach Steglitz-Zehlendorf zur Schule pendeln müssen. Nach Treptow-Köpenick sollen dieses Jahr 454 Schüler aus anderen Bezirken wechseln. Umgekehrt müssen Kinder aus Treptow-Köpenick gegen ihren Willen nach Neukölln oder Friedrichshain-Kreuzberg zur Schule fahren. Dies geschieht jedoch nicht ohne Widerspruch der Betroffenen. Die anrollende Klagewelle umfasst laut Bezirksamt 120 Verfahren.

Und das sei nicht zu bewältigen, konstatiert die zuständige Bezirksstadträtin Flader. „Das System kippt“, so drastisch drückt sie sich aus. „Ich hatte Angstschweiß in der Kommunikation mit dem Senat“, ergänzt die abgekämpfte wirkende Stadträtin aus Treptow-Köpenick. Es seien vor allem die leistungsschwächeren Schüler, die durch die ganze Stadt zur Schule fahren müssten. Das sei kein Erfolg. Die Situation sei nicht gut.

Wo liegen die Ursachen für die Misere? Die Bezirke müssen aktuell diejenigen schulpolitischen Probleme ausbaden, die der SPD-geführte Berliner Bildungssenat seit Jahrzehnten aufgetürmt hat. Die sogenannte „Schulbauoffensive“ des Berliner Senats geht nur schleppend voran. Häufig müssen notdürftig sogenannte MEB (Modulare Ergänzungsbauten) errichtet werden, weil der Bau einer kompletten Schule acht bis zehn Jahre in Anspruch nehmen würde. Außerdem hat der Berliner Senat große Schwierigkeiten bei der

Spitzenreiter bei der Schülermigration durch die Bezirke ist Pankow mit über 1.000 Schülern, die täglich bis nach Steglitz-Zehlendorf zur Schule pendeln müssen.

Besetzung neuer Lehrerstellen. Neben den Pensionierungen gibt es viele Kündigungen und Abwanderungen nach Brandenburg. Im benachbarten Bundesland werden Lehrer verbeamtet, und großstädtische Brennpunktschulen, an denen reguläres Lernen kaum möglich ist, sind in Brandenburg Mangelware. Auch die Notenspirale nach oben erzeuge laut Bezirksamt einen immensen Druck auf alle Beteiligten. Eine Note 3 gelte heutzutage schon als Weltuntergang.

Die Bildungsexperimente der letzten Jahrzehnte haben Lehrern, Eltern und Schülern das Leben zunehmend schwerer gemacht. Die verordnete Kuschelpädagogik hat das Verhältnis von Lehrern und Schülern keineswegs entspannt. Sie entspricht auch nicht den Bedürfnissen der Heranwachsenden. Hinzu kommt, dass falsche Vorstellungen von Inklusion die Probleme an den Schulen zusätzlich erschwert haben. Rund 2.000.000 Unterrichtsstunden werden pro Schuljahr im Land Berlin nicht planmäßig erteilt. Das sind 10% des gesamten Unterrichts.

Die AfD plädiert dafür, die Verschlimmberungspolitik unzähliger Bildungsreformen zu überwinden und die Probleme im Brennpunktbundesland Berlin endlich an der Wurzel anzupacken. Was Berlins Schulen jetzt benötigen, ist eine Einstellungsoffensive für qualifizierte Fachlehrer statt immer mehr Quereinsteiger. Um diesem Ziel näher zu kommen und den Lehrerberuf zusätzlich aufzuwerten, treten wir für die Verbeamtung von Lehrern in Berlin ein. Vertretungsunterricht muss, wo immer möglich, von Fachlehrern gegeben werden. Deswegen fordern wir ein „Unterrichtsgarantiesgesetz“, das eine Lehrerausstattung von 110% ermöglicht. Nur durch ein konsequentes Umsteuern in der Bildungspolitik und entschlossenes Handeln lassen sich die Probleme an den Berliner Schulen in den Griff bekommen. ~ JOHANNES RACKOW



**Am 26. September
alle Stimmen AfD.**

Berlin. AfD

Aber normal.

**Mitmachen,
Mitbestimmen,
Mitglied werden.
Werden Sie jetzt Teil
der Alternative für
Deutschland!**

**Wenn auch Sie dabei
sein wollen, dann
fordern Sie Ihren
Mitgliedsantrag an
oder füllen diesen
direkt online aus:**

**[afd.berlin/mitmachen/
mitglied-werden/](https://afd.berlin/mitmachen/mitglied-werden/)**



**Sie sind beruflich
oder privat stark
eingespannt?**

**Dann können Sie uns
auch durch eine
Fördermitgliedschaft
oder eine Spende
unterstützen:**

SPENDENKONTO:

AfD Berlin Treptow-Köpenick,
DE58 100 500 000 190708867
BELADEBEXXX

IMPRESSUM

HERAUSGEBER AfD-Bezirksverband Treptow-
Köpenick, Winckelmannstr. 31, 12487
Berlin VERANTWORTLICH IM SINNE DES PRESSERECHTS
Alexander Bertram, Martin Trefzer
E-MAIL kontakt@afd-treptow-koepenick.de
REDAKTIONSSCHLUSS 16. AUGUST 2021

Kontakt

Bezirksverband Treptow-Köpenick

Bezirkssprecher: Alexander Bertram, Martin Trefzer

✉ kontakt@afd-treptow-koepenick.de

📘 facebook.com/alternativfuertk/

